

# Für einen starken ORF

## **FREIRAD**

Vor Kurzem warnte der Redakteur\_innenausschuss des ORF davor, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich die größte existenzielle Krise seit seinem Bestehen drohe. „Wir befürchten die absichtliche Zerstörung des öffentlich-rechtlichen Senders – über einen wirtschaftlichen und politischen Zangenangriff“, so die veröffentlichte Resolution.

Wie wir wissen, hat die Bundesregierung ihre Absicht kundgetan den ORF „reformieren“ zu wollen. Ein neues ORF-Gesetz soll her, das den Einfluss der Regierungsparteien auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sichern soll. Lang ist die Liste der Äußerungen von Mitgliedern der Regierungsparteien, welche die oben genannte Resolution der Redaktionsmitglieder des ORF notwendig machten.

So fand schon im Dezember 2017, kurz nach Antritt der Regierung, der Stiftungsrat und jetziger Vorsitzende des Stiftungsrates, Norbert Steger, Fragen von Armin Wolf und Claudia Reiterer an Sebastian Kurz „unbotmäßig“. Medienminister Gernot Blümel sieht den ORF als "Schuhlöffel" und "Steigbügelhalter" für Private Rundfunkbetreiber\_innen, der Vizekanzler bezichtigt Armin Wolf der Lüge – das musste er inzwischen zurücknehmen und sich entschuldigen – worauf selbst Bundespräsident Alexander Van der Bellen sich gezwungen sah, sich zu Wort zu melden: „Derartiges stellt die Pressefreiheit in Frage. Verunglimpfungen oder gar Lügenvorwürfe ohne jegliche Substanz gegenüber einer Person haben keinen Platz in der öffentlichen Debatte.“

Die Redakteur\_innen weisen in ihrer Resolution auf den Sparzwang, dem sie unterworfen sind und auf den falschen Einsatz der noch verfügbaren Mittel hin. „Immer mehr journalistische Arbeitsplätze werden aus finanziellen Gründen reduziert. Informationsprogramme werden an externe Produktionsfirmen ausgelagert. Und als Informationsprogramm getarnte Belangsendungen mit dem Titel "Europa backstage" bieten der heimischen Politprominenz eine Bühne zur Selbstdarstellung – fernab jeglicher journalistischer Grundprinzipien. Hier wird Geld investiert, das für ernsthafte redaktionelle Arbeit fehlt.“

Die Forderung des kleinen Regierungspartners, die ORF Gebühren abzuschaffen, sind auch noch nicht vom Tisch. Der Vizekanzler wird nicht müde, die Forderung nach einer Budgetfinanzierung bei jeder Gelegenheit zu wiederholen. Der

Redakteur\_innenausschuss nimmt hier Bezug auf Dänemark, wo auf Druck der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti eine Budgetfinanzierung eingeführt und gleich ein Fünftel der Mittel für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gekürzt wurde: „Die Gebührenfinanzierung durch eine Finanzierung aus dem Bundesbudget zu ersetzen, würde den ORF noch mehr vom Wohlwollen der Regierungsparteien abhängig machen. Am dänischen Rundfunk lässt sich derzeit studieren, wie schnell in so einem System die Mittel politisch bedingt gekürzt und Massenkündigungen von JournalistInnen die Folge sind. Und das alles vor dem Hintergrund immer mächtiger werdender ausländischer Medienkonzerne, die der internationalen politischen Manipulation vor Wahlen und Volksentscheiden Tür und Tor geöffnet haben.“

Schließlich weisen die Redakteur\_innen auch auf die demokratiepolitische Bedeutung des ORF als größtes Medienunternehmen in Österreich hin: „Das Ende des ORF als größtes heimisches Medienunternehmen würde bedeuten, dass reichweiten-starke Boulevard-Medien und parteinahe Propaganda-Plattformen dann die wichtigsten 'Informationsträger' für breite Teile der österreichischen Bevölkerung wären. Kritischer Qualitätsjournalismus würde nur mehr in ganz wenigen Medien stattfinden – mit deutlich geringerer Breitenwirksamkeit.“

Um die Unabhängigkeit und Finanzierung zu sichern, listen die Redaktionen des ORF in der Resolution einen Maßnahmenkatalog auf: „Im Stiftungsrat sollen anerkannte MedienexpertInnen einen fixen Anteil haben, um fachliche Expertise in diesem Aufsichtsgremium sicherzustellen. Abstimmungen im Stiftungsrat sollen geheim sein. Ein Drittel der Stiftungsräte müssen Belegschaftsvertreter sein – darunter auch welche, die vom Redakteursrat nominiert werden, um sicherzustellen, dass unabhängige JournalistInnen immer im Aufsichtsgremium vertreten sind. Die Mitbestimmungsrechte der Redaktionen bei journalistischen Führungskräften sollen verbessert werden, so wie bei nationalen und internationalen Qualitätsmedien üblich.“

Der Appell der ORF-Redaktionen zeigt die Dringlichkeit mit der wir alle Verantwortung für einen starken und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich übernehmen müssen. Wir dürfen den ORF nicht den Parteien und ihren kurzfristigen Interessen überlassen, denn nur ein starker Öffentlich-Rechtlicher ermöglicht uns, uns umfassend, objektiv und verlässlich zu informieren. Das ist Voraussetzung für unsere Teilhabe an der Demokratie.